

XIX.

Nord-Amerika.

5. Januar. Besteuerung des russischen Zuckers. (Vgl. 1901.)

Der Oberste Gerichtshof entscheidet, daß die von Rußland auf den ausgeführten Zucker gezahlten Vergütungen Prämien seien, daher in dem zur Verhandlung stehenden Falle die Erhebung von Ausgleichszöllen für russischen Zucker durch das Zollamt in Baltimore gemäß dem Dinglers-Vertrag gerechtfertigt sei.

14. Januar. Der Kongreß genehmigt das Gesetz über den Kohlensteuerredukt.

23. Januar. (Senat.) Präsident Roosevelt legt dem Vertrag mit Kolumbien über den Kanalbau vor.

Der Vertrag sieht eine einmalige Zahlung von 10 Millionen Golddollars seitens der Vereinigten Staaten an Kolumbien vor, ferner eine jährliche Zahlung von 250 000 Dollars. Hierfür tritt Kolumbien einen sechs Meilen breiten Landstreifen an die Vereinigten Staaten ab, welche berechtigt sind, Truppen zum Schutze des abgetretenen Gebietes zu entsenden, falls Kolumbien dazu nicht in der Lage ist. Der Vertrag wird auf 100 Jahre abgeschlossen und kann auf Wunsch der Vereinigten Staaten erneuert werden. Die Vereinigten Staaten erhalten die Gerichtsbarkeit über die mit dem Kanal verbundenen Gewässer und alle Hafengebühren für die durch den Kanal fahrenden Schiffe. Das Gebiet am Kanal soll neutral sein und die Vereinigten Staaten garantieren die Neutralität sowie die Oberhoheit Kolumbiens. Kolumbien gesteht zu, daß es keiner Macht innerhalb bestimmter Grenzen dieses Gebietes Teile zu Kolonien weder abtreten noch pachtweise überlassen werde und daß es überhaupt nichts tun werde, was dem Bau, der Sicherheit oder dem freien Gebrauch des Kanals Eintrag tun könnte. Die Vereinigten Staaten werden Kolumbien materielle Hilfe leisten, um zu verhindern, daß dieses Gebiet besetzt werde. Panama und Kolon sind zu freien Häfen erklärt worden für Kauffahrtschiffe, die bestimmt den Kanal durchfahren. Der Kanal wird dem Handel 14 Jahre nach Austausch der Ratifikationen geöffnet werden.

Mitte Januar. (New-York.) Zeitungsberichte über Äußerungen des neuen deutschen Geschäftsträgers.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Association Press“ soll Hr. Sped v. Sternburg gesagt haben: „Eine meiner dringendsten